

Studie: 'Die Welt' über Energetische Sanierung

2013-04-01 14:32

Bereits im Oktober 2012 kommentierte ich [einen Artikel](#) der [Welt](#) über energetische Sanierung. Damals kritisierte ich die fehlende fachliche Tiefe des Artikels bzw. die mangelnde Fundierung und Qualifikation des Autors Richard Haimann. Dies führte zu einem Artikel des Autors, den ich aufgrund seiner Qualität als "Bauphysikalische Mythen" in Verbindung von Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) an Fassaden bezeichnete. Auch waren hier einige Unkorrektheiten in der journalistischen Arbeit festzustellen, die dem Artikel keine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit verliehen.

Zwar ist es nicht die Pflicht des Journalisten, wissenschaftlich zu arbeiten und zu schreiben. Dient jedoch wie im vorliegenden Fall das journalistische Werk der Beurteilung einer wissenschaftlichen Studie, muss hier auch eine wissenschaftlich belastbare Auswertung durch den Journalisten erfolgen.

In seinem [aktuellen Artikel](#) versucht sich Haimann in der Beurteilung der wissenschaftlichen Prognos-Studie von 2013 zur „Ermittlung der Wachstumswirkungen der KfW-Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren.“ Leider gerät die Auswertung zu einer Meinungsäußerung des Autors und einiger zitierter Einzelpersonen, die man aus wissenschaftlicher Sicht als populistisch einschätzen kann. Auch fällt die Quellenarbeit des Autors in Bezug auf die Prognos-Studie erneut durch unsaubere Arbeit auf.

Obwohl die Studie im Netz [frei zum Download](#) zur Verfügung steht, verlinkt der Autor an keiner Stelle darauf. Erst nach längerer Recherche war es mir möglich, die zentrale Quelle zu identifizieren. Statt dem journalistischen Kodex einer akkuraten Zitation in jeder Veröffentlichung zu folgen, wird die Quelle durch den Autor verwischt bzw. immer wieder falsch wiedergegeben. Im dritten Paragraph des Artikels wird z.B. auf die zentrale Lüge der Wirtschaftlichkeit über Wärmedämmung durch das „**ernüchternde Ergebnis**“ der Prognos-Studie hingewiesen.

Doch die [Verlinkung](#) führt nicht auf die Prognos-Studie, sondern auf einen alten Artikel des Autors, in dem er (wiederum ohne Quellenangabe) behauptet, dass die energetische Sanierung mehr Geld verschlingt, als durch sie eingespart wird. Weiter unten behauptet der Autor zudem, dass die Prognos-Studie das erste Rechenwerk sei, das die ‚Unwirtschaftlichkeit‘ beweist und für die Politik ein katastrophales Ergebnis ist.

Nach eingehender Prüfung der Studie ist die Behauptung der Unwirtschaftlichkeit falsch. Zudem lässt die KfW Bankengruppe [die Wirkungen der aus den Bundesmitteln finanzierten Programme ‚Energieeffizient Sanieren‘ und ‚Energieeffizient Bauen‘ zusammen mit dem BMVBS, IEDES JAHR durch Forschungsinstitute \[wie Prognos\] evaluieren](#).

Liest man die Prognos-Studie, so ist der aktuelle Bericht alles andere als katastrophal für die Politik. Auf Seite 3 der Studie steht, dass sich „aus den geförderten Investitionen [in die energetische Sanierung] deutlich spürbare, positive gesamtwirtschaftliche Wirkungen ergeben.“ Auf Seite 43 wird weiter gesagt, dass „die Bruttowertschöpfungseffekte durch die Energiekosteneinsparungen in allen [untersuchten]

Szenarien im Zeitablauf positiv ausfallen.“ Von einer Verschleuderung von Steuergeldern wie der Autor behauptet, kann also keine Rede sein.

Die Kritik des Autors über die regierungs- bzw. koalitionsübergreifende Politik zum Klimaschutz seit der Jahrtausendwende ist irreführend. Die CO₂-Einsparziele, nach denen bis 2050 80% des klimaschädigenden Gases eingespart werden soll, geht nicht auf die Bundespolitik zurück, sondern wurde im Konsens aller EU-Mitgliedstaaten nach dem Kyoto-Protokoll in Brüssel entschieden.

Die Bundesregierung versucht ihrerseits parteiübergreifend seit nun bald 20 Jahren eine Strategie des Förderns (KfW), Forderns (Ordnungsrecht) und Informierens zu verfolgen, um die Umsetzung der ambitionierten EU-Klimaschutzziele im Gebäudebereich in Deutschland zu gewährleisten. Das Ordnungsrecht in Form der EnEV sowie die EBS-Programme der KfW werden dazu mit bisher großem Erfolg (s.o.) eng aufeinander abgestimmt. Aus Sicht des Ordnungsrechts ist die national verpflichtende Energieeinsparung durch Parteien nicht verhandelbar, weil Deutschland den EU Richtlinien unterliegt. Eine Tatsache, auf die Haimann nur mit pauschaler Kritik und keinen eigenen Lösungsvorschlägen begegnet.

Die Meinung von Atum ist, dass der dritte Parameter der nationalen Strategie – das Informieren der Konsumenten – dem Fordern&Fördern noch hinterherhinkt. Damit das gelingt, bietet Atum seinen Kunden fundierte Beratungsleistungen an, die u.a. die Frage der Wirtschaftlichkeit durch energetische Sanierung beantworten. Erschwert wird diese Arbeit durch unsachgemäße Meinungsäußerungen in der von Richard Haimann gezeigten Art.

Wie Haimann bei einer volkswirtschaftlichen (Prognos-)Studie präzise, privatwirtschaftliche Rückschlüsse ziehen kann ist für mich unverständlich. Die Studie verfolgt ein anderes Forschungsziel und ist deshalb vollkommen ungeeignet, die Frage der (privatwirtschaftlichen) Investitionen in energetische Sanierung zu beantworten. Dies ist schon durch die Methodik bzw. durch das Studiendesign unmöglich. Die Energiepreissteigerungen z.B. werden in der Prognos-Studie mit 1,1% pro Jahr gerechnet. Auf Seite 10 der Studie heißt es dazu: „Für Endkunden beträgt die mittlere jährliche Realpreissteigerung in allen Szenarien [zur Energetischen Sanierung] etwa 1,1 %. Ein Umstand, der weder durch heftige, aktuelle Verbraucher-Energiepreisdebatten noch durch das statistische Bundesamt im Kontext von Energie-Endkonsumenten-Preisen auch nur annähernd unterstützt werden kann. Laut Statistik liegt die jährliche Preissteigerung schon seit Jahren bei ca. 7%! Wird diese Teurungsrate zur Bewertung der Wirtschaftlichkeit angelegt, kommt man sicher sehr schnell zu ganz anderen Schlüssen.

Wie Haimann auf einen Gesamtverlust durch Energetische Gebäude-Sanierung von 468 Milliarden Euro kommt, wird weder durch Quellen von ihm belegt, noch steht dieser Wert in der Prognos-Studie. Um eine Sanierungseffizienz und –bilanz beurteilen zu können, bedarf es einer genauen Analyse z.B. von Gebäudealter und Gebäudetyp. Außerdem müssen dazu neben detaillierten Aufstellungen zu den Vollkosten auch die energiebedingten Mehrkosten, bzw. Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten der Sanierung differenziert betrachtet werden. Zudem sind bei einer energetischen Sanierung wesentlich mehr Bauteile zu betrachten, als nur die Wärmedämmung der Fassade. Neben Fenstern kommen hier vor allem die oberste Geschossdecke / Dach, die Kellerdecke, Lüftungsanlagen, Wärmeerzeugungsanlagen mit ihrer gesamten Hydraulik und die Nutzungsspezifika der Personen im Gebäude mit hinzu. Eine Leistung, die die Prognos-Studie aufgrund der dafür notwendigen Betrachtungstiefe nicht anbieten kann.

Eine aktuelle [Studie der Deutschen Energie-Agentur](#) (dena), die diese Betrachtungstiefe anbietet, kommt zu einem ganz anderen Ergebnis der energetischen Sanierung. Hier wird der Meinung von Haimann deutlich widersprochen, wonach sowohl Mieter, als auch Vermieter durch energetische Sanierung draufzahlen würden. In Ihrer Diskussion der (Forschungs-) Ergebnisse schreibt die dena dazu in der Studie: „Aus Sicht der Vermieter als Investoren erscheint die energetische Modernisierung [...] sehr vorteilhaft: Die erforderlichen Mieterhöhungen zur Refinanzierung der zusätzlichen energiesparenden

Maßnahmen sind relativ gering, zudem deutlich niedriger als die zu erwartende Energiekosteneinsparung auf Mieterseite und somit am Markt mit scheinbar geringem Risiko leicht durchsetzbar.“

Ich finde es bedenklich, dass Beiträge dieser Art von Heimann eine derart große mediale Resonanz erhalten. Die

Frage der Energie bzw. Wirtschaftlichkeit von erneuerbarer Energie und Energieeffizienz ist sehr komplex und bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise. Simplifizierungen bzw. Pauschalisierungen wie die von Haimann sind nicht zielführend und können weder im Sinne des Endkunden, noch der KfW und der Bundesregierung sein.

In einer Zeit, in der gerade die [EnergyWatchGroup](#) durch Ihren [aktuellen Bericht](#) eine dramatische Verknappung fossiler und nuklearer Brennstoffe voraussagt (Siehe Grafik oben), die einen Rückgang der weltweiten Erdölförderung bis 2030 um etwa 40 Prozent gegenüber 2012 bedeutet, ist es im Sinne einer langfristigen, sicheren Energieversorgung für den Endkunden unverantwortlich, ein Gefühl des ‚Business as Usual‘ zu suggerieren.

Durch die notwendigen Planungs- bzw. Sanierungszyklen von Bestandsimmobilien von mindestens 30 Jahren müssen sich Eigentümer und Verwalter heute schon auf die kommende Ressourcenknappheit vorbereiten können.

Benjamin Holtz

Kommentare

Kommentar von [Dipl.-Ing.\(FH\) Alexander Schmuck](#) | 2013-04-06

Sehr geehrter Herr Benjamin Holtz,

mich hat die Meldung im Radio erwischt von dem Herrn Heitmann. Das diese Prognose war sein kann, habe ich ehrlich gesagt einen Moment bedacht, weil ich die volkswirtschaftliche Betrachtung der Energiewende mit dem kostenintensiven Umbau der Leitungstrassen mitbedenken wollte. Doch dann kann ich aufgrund meiner Erfahrung das ebenso wie Sie belegen und in Frage stellen. Wie kann ein Artikel mit unrichtigen Darstellungen so groß aufgemacht werden und das noch in der renomierten Zeitung "Die Zeit"? Meine Erklärung wäre dazu der 1. April als Scherz gemeint. Es gibt jedoch einige Hausbesitzer die diese Thesen tatkräftig untermauern und ebenfalls publizieren. Kurz um, es gibt noch viel individuellen Beratungsbedarf zur sparsamen Verwendung von Energie.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schmuck

Wahrscheinlich trägt weder der "Welt"-Redakteur, Herr Haimann, noch seine Jubel-Kommentatoren wärmedämmende Kleidung im Winter (weil sie nicht vor Kälte schützt und sich nicht rechnet) ?

Herr Haimann hat offenbar die populistischen Sprüche des Herrn Konrad Fischer (aus der Lobby der Wärmedämmungsgegner) übernommen.

Der Artikel des Redakteurs der „Welt“, Herrn Haimann, liegt abseits der Realität.

Sein Papier dient der Täuschung.

Während der 70'er und 80'er Jahre erhielten zahlreiche techn. Hochschulen hohe Millionenbeträge zwecks Studien an wärmegeämmten Häusern. Die Bauphysiker kannten das Ergebnis ohne Forschungsgelder schon lange vorher:

40 - 80 % Heizenergieeinsparung im Vergleich zu den Altbauten.

Wir bauten 1980 ein großes, freistehendes Einfamilienhaus. Selbstverständlich sorgten wir für einen ordentlichen Wärmeschutz (10 cm Styropor, Dreifachscheiben und Be- und Entlüftungsanlage mit Wärmetauscher) Heute würde ich mit 20 cm dämmen.

Die damaligen „Baufachleute“ spotteten 1980 über unsere Maßnahmen.

Resultat: Wir benötigen 1/3 der Heizenergie der drei gleichzeitig gebauten, gleichgroßen Nachbarhäuser. Unsere damaligen Mehrinvestitionen waren nach 10 Jahren voll amortisiert. Von Schimmel natürlich keine Spur. Die Fassaden sind nach 32 Jahren einwandfrei und leisten den wirksamen Wärmeschutz seit 1980 unverändert.

Unsere Vorfahren in der Bronzezeit waren kluge Bauherren. Deren Wohnhütten verfügten vor 3500 Jahren über einen besseren Wärmeschutz als die Neubauten bis zum Jahr 1995, als die sog. „Wärmeschutzverordnung“ in Kraft trat.

Die Fachwerkhäuser und die "soliden" Gebäude der Gründerjahre mit 48 cm Ziegelmauerwerk waren energetisch erheblich schlechter als die Hütten der Bronzezeit.

Einen Kommentar schreiben